

22.07.2017

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT: Für ein Ja am 24. September kämpfen zwei verschiedene Komitees

Rot-grün-liberales Komitee sagt Ja

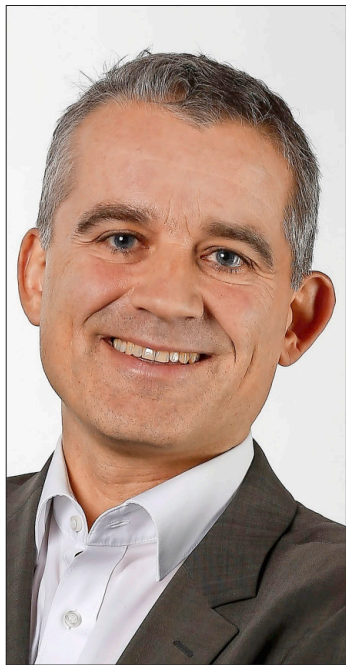
Der Bauernverband hat ein nationales Abstimmungskomitee für ein Ja zur Abstimmung über die Ernährungssicherheit ins Leben gerufen. Nun hat sich ein zweites Komitee aus SP-, Grünen-, GLP- und FDP-Leuten gebildet.

DANIEL SALZMANN

Ein Ja zum Verfassungsartikel über die Ernährungssicherheit fordern beide Komitees – dasjenige des Schweizer Bauernverbands (SBV) und das Komitee aus SP-, Grünen-, GLP- und FDP-Politikern, das im August vor die Medien tritt. Die Argumentation unterscheidet sich aber.

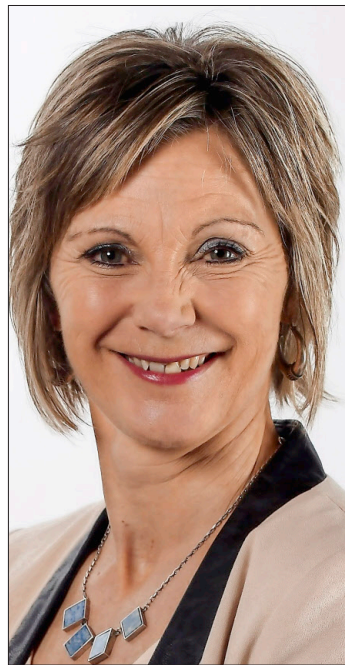
Kritik an Agrarbranche

In der Medieninformation über das rot-grün-liberale Komitee – versandt wurde sie von der GLP und der Agrarallianz – wird schon im ersten Satz deutlich: Die Schweizer Land- und Ernährungssicherheit muss sich weiterentwickeln. Und dies im Interesse «der ganzen Branche, Konsumenten, Bauern und der Umwelt bzw. des Tierwohls». Auf der Homepage www.ernaehrungssicherheit-ja.ch wird auch deutliche Kritik geäussert: «Viele Tiere werden nicht artgerecht gefüttert oder gehalten, und es werden zu viele Antibiotika eingesetzt. Die dreizehn Umweltziele Landwirtschaft des Bundes werden in keinem Bereich erreicht. Die Biodiversität nimmt weiterhin ab, und die Gewässer haben eine zu hohe Pestizidbelastung. Fruchtbare Böden werden durch Überbauungen, Infrastrukturanlagen oder durch die Landwirtschaft selbst der Nut-



Beat Jans (SP).

zung für die Ernährung entzogen.» Zum Aussenhandel heisst es: «Stabile und breit abgestützte Handelsbeziehungen mit dem Ausland sind zentral für die Ernährungssicherheit der Schweiz.» Handelsbeziehungen zur EU könnten mit dem Verfassungstext weiterentwickelt werden, wenn es für die Schweiz passe. Gleichzeitig sei der Verfassungsartikel «eine Absage an blinde Grenzöffnungen und Raubbau im Ausland». Wichtig ist dem rot-grün-liberalen Komitee, das unter anderem von den Nationalräten Kathrin Bertschy (GLP, BE), Maya Graf (Grüne, BL), Beat Jans (SP, BS), und Beat Walti (FDP, ZH) präsiert wird, auch das Motto: «Keine agrarpolitischen Rückschritte». So sei die Verfassungsergänzung unter anderem eine Absage an Protektionismus, weniger Markt, weniger Tierwohl, verringerten



Maya Graf (Grüne).

Schutz unserer Gewässer oder Reduktion der Biodiversität.

SBV zurückhaltend

Ein Blick auf die Homepage des vom SBV geprägten Ja-Komitees unter www.ernaehrungssicherheit.ch zeigt, dass der SBV versucht, solcher Kritik schon im Vorhinein den Wind aus den Segeln zu nehmen. Denn er hält fest, dass er keine Intensivierung der Produktion, keinen zusätzlichen Grenzschutz und auch keinen Abbau der Biodiversitätsflächen will. Der SBV betont aber, der Anbau von Lebensmitteln müsse Vorrang haben gegenüber ökologischen Massnahmen. Das rot-grün-liberale Komitee setzt die Prioritäten anders. Das politische Ringen darum wird nach der Abstimmung in jedem Fall weitergehen. Das gilt auch für den Agrarfriehandel, den SP, GLP und FDP bejahen und der SBV ablehnt.



Kathrin Bertschy (GLP).



Beat Walti (FDP). (Bild: zvg)

DAS SCHREIBT DER SBV AUF HOMEPAGE

Bedeutet der Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit eine Intensivierung der Landwirtschaft?

Nein, das Ziel ist nicht, die Produktion zu intensivieren. Jedoch soll (...) das agronomische Potenzial der Schweiz genutzt werden. (...) Doch mit den tiefen Produzentenpreisen und mit dem aktuellen Direktzahlungssystem sind heute ökologische Massnahmen zum Teil wirtschaftlich rentabler als der Anbau von Lebensmitteln. Die nachhaltige Produktion muss jedoch Vorrang haben, insbesondere zusammen mit einer Erhöhung der Produzentenpreise. Wenn wir die Produktion im Inland reduzieren, beziehen wir die Produkte aus dem Ausland,

und allfällige negative Effekte fallen dort an. (...)

Bedeutet der Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit weniger Ökologie?

Nein, die ökologischen Massnahmen wie Biodiversitätsförderflächen und deren Vernetzung werden nicht in Frage gestellt. Es braucht jedoch ein gesundes Gleichgewicht. (...)

Führt der Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit zu Protektionismus?

Nein, er führt nicht zu mehr Protektionismus. (...) Dabei sollen die Grenzschutzmassnahmen nicht ausgedehnt werden. Diese sollen jedoch auch nicht fahrlässig abgebaut werden. (...) sal